

## **Sitzung der 91. Europaministerkonferenz am 1. und 2. März 2023 in Brüssel**

### **EU-Wirtschaftspolitik – „Industrieplan für den Grünen Deal“ Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität als Investitionsstandort erhalten und zukunftssicher aufstellen!**

#### **Beschluss**

1. In den vergangenen Jahren haben Krisen und Krisenbewältigung das Handeln der EU geprägt. Die wirtschaftlichen, sozialen, klima- und geopolitischen Herausforderungen für die EU waren und sind enorm. Die Mitglieder der EMK betonen in diesem Zusammenhang die Bedeutsamkeit des europäischen Binnenmarktes als einer wesentlichen Grundlage für die erfolgreiche Krisenbewältigung. Es gilt, die Integrität und Stabilität des Binnenmarktes auch in dem global anspruchsvollen Umfeld aufrechtzuerhalten und die Wettbewerbsfähigkeit sowie den Wohlstand in der EU zu sichern.
2. Die Covid-19-Pandemie hat die Abhängigkeit ganzer Branchen von globalen Lieferketten offengelegt und die Notwendigkeit diversifizierter Handelsbeziehungen verdeutlicht. Die hohen Inflationsraten in der Europäischen Union und im Euroraum sind eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und bedürfen wirksamer Gegenmaßnahmen. Die Krisen der letzten Jahre haben den Einsatz erheblicher staatlicher Mittel notwendig gemacht und die Bedeutung nachhaltiger öffentlicher Haushalte unterstrichen.
3. Die USA haben auf die jüngsten Entwicklungen mit dem Inflation Reduction Act (IRA) reagiert und erhebliche finanzielle Anreize, wie Steuererleichterungen für bestimmte Produkte aus den Bereichen Klimaschutz, erneuerbare Energien und saubere Technologien, bereitgestellt und an eine Fertigung in den USA gekoppelt. Die damit geförderte Verfolgung von Klimaschutzzielen wird von den

Mitgliedern der EMK ausdrücklich unterstützt. Sie betonen aber zugleich, dass der IRA nicht zu unlauteren Wettbewerbsverzerrungen für europäische Unternehmen und für Europa als Investitionsstandort insgesamt führen dürfe. Die Mitglieder der EMK begrüßen es mithin, dass die Europäische Kommission mit den US-Partnern zur konkreten Anwendung der IRA-Regelungen im Gespräch ist, so dass möglichst auch europäische Unternehmen von dem US-Programm profitieren können.

4. Die Mitglieder der EMK nehmen zudem zur Kenntnis, dass auf europäischer Ebene über Reaktionsmöglichkeiten auf den IRA diskutiert wird und begrüßt, dass die Europäische Kommission als eine erste Reaktion am 1. Februar 2023 den Green-Deal-Industrieplan vorgestellt hat. Sie nehmen auch zur Kenntnis, dass der Europäische Rat sich in seinen Schlussfolgerungen vom 9. Februar 2023 politisch mit dem Voranbringen des Industrieplans befasst hat. Sie unterstützen dessen Zielrichtung zur Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit und einer CO<sub>2</sub>-neutralen Wirtschaft. Die Mitglieder der EMK begrüßen das Ziel, Protektionismus und einen schädlichen globalen Subventionswettbewerb zu vermeiden. Angesichts der gegenwärtigen globalen Lage sind stabile und vertrauensvolle Beziehungen zwischen der EU und den USA dabei von besonderer Bedeutung. Ebenfalls nehmen die Mitglieder der EMK die Ankündigung weiterer Freihandelsabkommen zur Kenntnis. Weitere wichtige Aspekte für die Zukunftsfestigkeit der europäischen Wirtschaft werden der Abbau bestehender und Verzicht auf neue unnötige Bürokratie sowie schnelle Genehmigungsverfahren sein. Sie sind wesentliche Merkmale für die Attraktivität des Binnenmarkts. Ebenso sinnvoll erscheint es, die Beihilferegelungen schrittweise, gezielt und begrenzt zu vereinfachen und den Mitgliedstaaten mehr Flexibilität bei der Gewährung von Beihilfen sowie höhere Schwellenwerte für die Förderung von Investitionen, die für den ökologischen Wandel von strategischer Bedeutung sind, einzuräumen. Gleichzeitig muss die Beibehaltung gleicher Wettbewerbsbedingungen im Binnenmarkt gewährleistet sein.
5. Die Mitglieder der EMK begrüßen in diesem Zusammenhang den Auftrag des Europäischen Rats an die Europäische Kommission zur Vorlage einer Strategie

zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität für Anfang 2023. Zugleich nehmen sie die Ankündigung der Europäischen Kommission zur Kenntnis, im Rahmen des Green Deal Industrieplans bei der Halbzeitprüfung des Mehrjährigen Finanzrahmens ggf. neue europäische Finanzhilfen in Gestalt eines sogenannten Europäischen Souveränitätsfonds vorzuschlagen. Die Mitglieder der EMK weisen darauf hin, dass zur Finanzierung noch europäische Mittel zur Verfügung stehen, die bisher nicht abgerufen wurden.

6. Die Mitglieder der EMK beauftragen die Ständige Arbeitsgruppe, für die 92. EMK einen Vorschlag zur weiteren Befassung zum Thema EU-Industrie- und Handelspolitik vorzubereiten.